Pressemeldung

Gewerkschaft der Polizei

Bundesvorstand
http://www.gdp.de
gdp-pressestelle@gdp-online.de

Berlin, 29. Juni 2007

GdP: 10.000 Polizisten seit dem Jahr 2000 weniger

Skandalöser Stellenabbau bei der Polizei setzt Sicherheit Deutschlands aufs Spiel

Berlin. Rund 10.000 Stellen im Polizeivollzugsbereich und etwa 7.000 Stellen im Tarifbereich sind nach der Gewerkschaft der Polizei (GdP) vorliegenden Informationen von 2000 bis 2006 in Bund und Ländern ersatzlos gestrichen worden. Damit seien die Schätzungen der GdP deutlich übertroffen worden. Konrad Freiberg, Bundesvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei: „Es ist skandalös, mit welcher Ignoranz Politiker in Bund und Ländern ihr Spardiktat auf dem Rücken der Polizeibeschäftigten austragen und die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger zunehmend aufs Spiel setzen." Ohne ihren Blick vom Taschenrechner zu heben, verdrängten die politisch Verantwortlichen die sich dramatisch entwickelnde Bedrohungslage Deutschlands und das immer schwerer werdende Aufgabenpaket, dass die Polizei schultern müsse. Als habe es die Anschläge vom September 2001 in New York, die Anschläge in Madrid und London, die Kofferbomben in zwei Regionalzügen nicht gegeben; als habe es die Fußball-Weltmeisterschaft, die vielen Staatsbesuche, den G8-Gipfel und die in der Gesellschaft steigende Gewaltbereitschaft – auch gegenüber Polizisten – nicht gegeben: Es sei, so der GdP-Bundesvorsitzende, weder nachvollziehbar noch verantwortbar, wie der Wille, bei der Polizei auf Teufel komm raus zu sparen, die Sicherheitslage konterkariert.

Den Polizeibeschäftigten sei nicht mehr zu vermitteln, warum sie einerseits von einer großen Sicherheitslage zur anderen gehetzt werden, andererseits aber um jeden Cent Besoldungserhöhung, gegen verlängerte Arbeitszeiten und zahlreiche soziale Verschlechterungen kämpfen müssten. Trotz aller Motivation und großen Engagements sei in den Reihen der Einsatzkräfte steigende Unlust zu verspüren, an jedem Wochenende durch Deutschland transportiert zu werden, um zum Beispiel zu verhindern, dass Rechts- und Linksextreme ihre Kämpfe auf den Straßen austragen und sich dann mit Steinen bewerfen zu lassen.

Konrad Freiberg: „Es kann nicht sein, dass die Politik erst dann vernünftig wird, wenn es zur Katastrophe gekommen ist. Es bleibt nicht mehr viel Zeit."

Herausgeber:
Gewerkschaft der Polizei, Bundesvorstand, Pressestelle
Pressesprecher:
Rüdiger Holecek (Handy: 01 72 - 7 12 15 99)

Berlin:
Stromstraße 4, 10555 Berlin
Telefon: (0 30) 39 99 21 (0)- 117/116
Telefax: (0 30) 39 99 21 - 190